



Muster PM

(Schuldnerberatungsstelle in Ort) sieht steigendes Überschuldungsrisiko durch Inflation

Eine weiter steigende Nachfrage nach Schuldnerberatung sieht der Leiter der Schuldnerberatung in (ORT) als Folge der Inflation. „Das Überschuldungsrisiko steigt“, sagt NN. zu Beginn der Aktionswoche Schuldnerberatung der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) am 12. Juni.

„Viele Menschen machen sich große Sorgen und sind verunsichert, wie sie die Zukunft bewältigen können. Das erleben wir tagtäglich in unserer Schuldnerberatung. *(Hier können ggf. Zahlen der örtlichen Beratungsstelle eingefügt werden, die die Situation gut beschreiben.)* Das Motto der Aktionswoche Schuldnerberatung, Was können wir uns noch leisten? – Überschuldungsrisiko Inflation‘ gibt die Stimmung ganz gut wieder“, sagt N.N. Es sei deutlich zu spüren, dass die meisten Waren, Energie, Mieten und andere Dinge teurer geworden seien. „Haushalte mit knappem Einkommen trifft es besonders hart“, sagt N.N. Nicht wenige Haushalte müssten bereits ein Drittel ihres Einkommens allein für den Wohnraum ausgeben und eine Entspannung der Situation sei nicht in Sicht. Umso schwieriger werde es dann, die gestiegenen Energiekosten und die deutlich teureren Lebenshaltungskosten zu stemmen.

„Als eine der (gemeinnützigen oder verbandlichen) Schuldnerberatungen ist es uns ein Anliegen, in der Diskussion über Inflation und ihre Folgen die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, die aufgrund ihrer Einkommenssituation besonders von der Inflation betroffen sind“, sagt N.N. Daher unterstützt er die Forderungen der AG SBV zur Aktionswoche Schuldnerberatung. „Wir brauchen einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung“, sagt er. Das sei angesichts des deutlich wachsenden Beratungsbedarfs dringend notwendig. Denn die Zugänge zur Schuldnerberatung seien deutschlandweit sehr uneinheitlich. „Mancherorts können nur Ratsuchende, die Bürgergeld oder Sozialhilfe erhalten, ohne jegliche Einschränkung kostenfrei beraten werden“, beklagt N.N. Zudem müsse es einen zukunftsweisenden Ausbau der Finanzierung von sozialer Schuldnerberatung geben.

Der Schuldnerberater fordert einen generellen Pfändungsschutz von existenzsichernden Leistungen. Solange es den nicht gebe, sei eine finanzielle Abwärtsspirale für viele Haushalte vorprogrammiert. Diese führe dann auch dazu, dass die grundlegendsten Dinge wie Strom oder Gas nicht mehr bezahlt werden könnten, so dass es zu Energiesperren komme. „Mit allen Schuldnerberatungen der Verbände fordern wir: Keine Energiesperren für Verbraucherinnen und Verbraucher“, sagt N.N. Vielmehr müsse ein unbürokratischer Zugang zu Sozialleistungen gewährleistet werden.

N.N. weist darauf hin, dass für viele seiner Klient*innen wegen der in Folge der Inflation steigenden Zinsen Kredite deutlich teurer würden. „Auch der ohnehin schon teure Dispokredit wird noch kostspieliger. Aber gerade Haushalte mit knappem Einkommen müssen diesen viel häufiger nutzen. Ebenso wird es für manche Familie, die sich mühevoll ein Eigenheim geleistet hat, ein böses Erwachen geben. Die Anschlussfinanzierung wird sehr viel teurer werden und wenn der Immobilienmarkt einbricht, wird es unter Umständen keine Anschlussfinanzierung geben“, sagt N.N.

Das Forderungspapier der AG SBV zur Aktionswoche Schuldnerberatung 2023 findet sich im Internet unter: www.aktionswoche-schuldnerberatung.de